

Jerusalem soll fit für den Frieden werden

Eine israelisch-palästinensische Initiative kämpft gegen die Wohnungsnot im arabischen Osten der Stadt

WILLI HERZIG

Israelische und palästinensische Fachleute arbeiten an Projekten, um die Wohnungsnot in Ostjerusalem zu entschärfen. Sie verstehen das als Schritt auf dem Weg zu ihrem Ziel: Jerusalem als offene Stadt.

Vieles verbindet Shlomo Hasson mit Rami Nasrallah. Beide Männer leben in Jerusalem, beide beschäftigen sich mit Stadtplanung und Stadtentwicklung. Und vor allem: Beide mögen sie nicht in das Lamento über den Mangel an friedenspolitischen Fortschritten im Nahen Osten einstimmen. Vielmehr wollen sie konkret dazu beitragen, die Lage der Menschen vor Ort erträglicher zu machen. Der Israeli Shlomo Hasson (63), Geografieprofessor an der Hebräischen Universität, und der Palästinenser Rami Nasrallah (40), Politologe und Leiter der Nichtregierungsorganisation International Peace and Cooperation Center, haben sich gemeinsam dem Ziel verschrieben, die Lebensqualität in den vernachlässigten Palästinenservierteln Ostjerusalems zu verbessern. Unter dem Namen «Jerusalem Forum» haben sich Hasson und Nasrallah mit gleichgesinnten Israelis und Palästinensern zu einem Joint Venture zusammengeschlossen, das in erster Linie mit Bauprojekten die chronische Wohnungsnot zu lindern sucht.

SCHWEIZER STANDBEIN. Nicht, dass Nasrallah und Hasson keine Friedensvision hätten. Sie träumen beide von einer «offenen Stadt» Jerusalem, die als Hauptstadt Israels und des zu gründenden Staates Palästina politisch, aber nicht physisch geteilt sein wird. Dieses Friedensprojekt «Jerusalem Open City» hat ein Schweizer Standbein: Das Lassalle-Institut in Edlibach (ZG), das sich bisher auf die Vermittlung ethischer Werte an Führungskräfte konzentrierte, ist mit dem von Hasson und Nasrallah geführten «Jerusalem Forum» eine Partnerschaft eingegangen. Sein Beitrag besteht vor allem im Öffnen von Türen, dem Knüpfen von Beziehungen und dem Aufspüren von Finanzquellen auf internationaler Ebene. Das Lassalle-Institut hat Hasson und Nasrallah dieser Tage nach Zürich eingeladen, wo sie über ihre Arbeit sprachen.

«Wir sind im Begriff, ein grosses Wohnbauprojekt aufzugleisen», berichtet Shlomo Hasson. Geplant ist ein neues Stadtviertel mit 2400 Wohnun-



Gemeinsames Ziel. Rami Nasrallah (links) und Shlomo Hasson auf einem Dach in der Altstadt von Jerusalem.

gen für Palästinenser im Ostjerusalem Vorort Beit Hanina. Das von einem israelisch-palästinensischen Team entwickelte Vorhaben stosse bei Jerusalems Bürgermeister Nir Barkat auf offene Ohren. Wenn die Finanzierung geregelt werden kann, soll einer Baubewilligung nichts im Wege stehen. Und woher soll das Geld kommen? «Wir zählen auf private Investitionen von palästinensischer Seite, besonders von Palästinensern im Ausland, sowie auf Beiträge der internationalen Gemeinschaft», antwortet Shlomo Hasson. Die Stadtverwaltung stelle ihrerseits die Infrastruktur bereit: Sie baut die Strassen und sorgt für den Anschluss an Strom, Wasser und Kanalisation.

ZWANGSABRISS. Shlomo Hasson verspricht Zuversicht: «Wir arbeiten seit 14 Jahren an Stadtentwicklungsprojekten. Und zum ersten Mal haben wir jetzt einen Bürgermeister, der unseren Kampf gegen die dramatische Wohnungsnot unterstützt. Sobald das gros-

se Vorhaben zustande kommt, wird es weitere Projekte geben.» Möglichst rasch müsse freilich ein weiteres, «ebenso dramatisches» Problem entschärft werden, wirft Rami Nasrallah ein: Wie in der BaZ berichtet, haben die palästinensischen Bewohner von rund 10000 illegal gebauten Häusern in letzter Zeit eine «demolition order» erhalten, eine behördliche Verfügung, dass ihr Haus zwangsweise abgerissen werden soll. Weitere 18000 bis 20000 Häuser in Ostjerusalem seien ebenfalls vom Abbruch bedroht, führt Rami Nasrallah aus, dadurch würden bis zu 180000 Menschen obdachlos. «Möglichst viele Häuser zu retten, das hat jetzt absolute Priorität.»

Auch in dieser Beziehung scheint sich Bürgermeister Nir Barkat flexibler zu zeigen als seine Vorgänger: Nach einem Bericht der israelischen Zeitung «Haaretz» von Anfang Juli beabsichtigt der Magistrat, die meisten unbewilligten Bauten nachträglich legalisieren zu lassen und das Niederreißen von Häusern in palästinensischen Vierteln ein-

zuschränken. «Haaretz» schreibt die sich abzeichnende tolerantere Politik dem Druck aus dem Ausland zu, «mit der amerikanischen Regierung an vorderster Front».

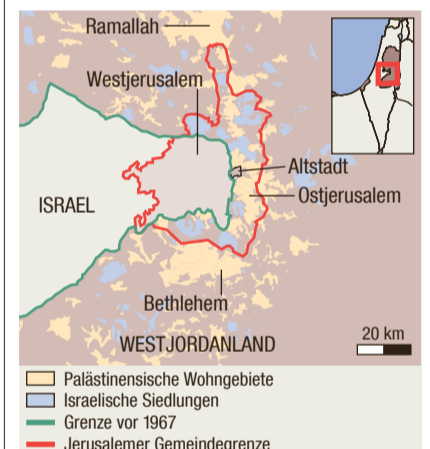
BINATIONALE STADT. Die Wohnungsnot verschärft sich noch aus einem anderen Grund: Die im Zuge der Terrorbekämpfung von Israel gebaute Mauer, mit der Ostjerusalem vom Westjordanland abgeschnitten worden ist, veranlasst viele Palästinenser, aussen vor gebliebene Orte zu verlassen und in der Stadt unterzuschlüpfen. «Jerusalem entwickelt sich zur binationalen Stadt», stellt Shlomo Hasson fest. Nach den Prognosen der Demografen werde der 35-Prozent-Anteil der Palästinenser bis ins Jahr 2030 auf 50 Prozent angewachsen. Eine binationale Stadt, in der sich die Palästinenser an der Gestaltung mitbeteiligen, könnte eine Vorstufe für die im Rahmen eines Nahost-Friedens dereinst erhoffte «offene Stadt» bilden, meinen Hasson und Nasrallah übereinstimmend.

Eine vereinigte und dennoch geteilte Stadt

WEST UND OST. Israels Hauptstadt Jerusalem zählt rund 770000 Einwohner. Davon sind 270000 Palästinenser. Sie leben in Ostjerusalem, zu dem auch der historische Stadtkern gehört. Israel hatte das arabisch besiedelte Ostjerusalem im Sechstagekrieg 1967 aus jordanischer Hand erobert und annektiert. Die Stadtentwicklung wurde seither dem israelischen Anspruch auf das «wiedervereinigte» Jerusalem untergeordnet. Die ansässigen Palästinenser erhielten, im Unterschied zu den jüdischen Bürgern, den Status von «permanenten Bewohnern». Ihr Wohnraum wird durch Landenteignung und den Bau grosser jüdischer Viertel zunehmend eingeschränkt. Weniger als zehn Prozent der städtischen Entwicklungsgelder werden in palästinensische Quartiere investiert. Der Anteil der in Armut lebenden Familien ist unter den Palästinensern viermal grösser. Seit 1967 hat sich Israel in Ostjerusalem 35 Prozent des palästinensischen Bodens angeeignet; dort wurden mit staatlicher Hilfe 50000 Wohnungen für jüdische Bewohner gebaut. Für Palästinenser entstanden im gleichen Zeitraum mit staatlicher Hilfe knapp 600 Wohnungen. Da Palästinenser nur selten Bewilligungen erhalten, bauen viele illegal, worauf die Behörden immer wieder mit dem Zwangsabbruch von Häusern reagieren. wh

Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem dokumentiert die ungleiche Entwicklung in Jerusalem:

> www.btselem.org/english/Jerusalem



Jerusalem. Nach der Eroberung des Ostteils 1967 annektierte Israel ein stark vergrössertes Gebiet. Grafik BaZ/dh